

BERICHT ÜBER DIE CSP-PARALLELKONFERENZ UND DIE OSZE-MINISTERKONFERENZ VOM 5./6. UND 7./8. DEZEMBER 2017

Die Civic Solidarity Platform CSP, der die SHV auch angehört, ist das Netzwerk von mehr als 90 NGOs aus praktisch allen OSZE-Staaten. Sie setzen sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat ein, sowohl in konkreten Fällen als auch grundsätzlich. Vertreterinnen und Vertreter der NGOs haben sich vor der Konferenz der OSZE-Teilnehmerstaaten in Wien zur Parallelkonferenz getroffen und am Schluss dem Ministerrat ein Paket von Empfehlungen übergeben. Ein Schwerpunkt ist die Erklärung von Wien „Verhindern, dass Sicherheits-Massnahmen Menschenrechte beeinträchtigen“ (http://civicsolidarity.org/sites/default/files/_vienna_declaration_2017.pdf).



Foto: Oesterreichische Helsinki-Vereinigung
OeHV

Vertreterinnen und Vertreter von NGOs aus verschiedenen Staaten, z.B. USA, Türkei, Polen, Spanien, Russland, Turkmenistan haben berichtet, dass sich die Menschenrechtssituation in ihren Ländern verschlechtert hat. Einer der Gründe ist, dass Regierungen die Terrorismusbekämpfung häufig als Vorwand benutzen, um Kritikerinnen und Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. In vielen Ländern werden Randgruppen, z.B. Migranten oder Minderheiten als potentielle Terroristen behandelt. Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen, werden beschuldigt, den Terrorismus zu fördern, ebenso Anwälte oder Journalistinnen. Die Gewaltenteilung, z.B. die Unabhängigkeit der Gerichte wird in verschiedenen Ländern eingeschränkt. Die CSP hält es für die Aufgabe der OSZE und seiner Teilnehmerstaaten, entsprechend den Helsinki Prinzipien, der Charta von Paris und weiteren Beschlüssen auf dem

Schutz der Menschenrechte und den rechtsstaatlichen Verpflichtungen zu bestehen. Eine grosse Bedeutung hat auch die Erziehung von Jugendlichen. Nicht nur die Teilnehmerstaaten, auch die NGOs haben die Aufgabe, den Jugendlichen die Ziele der OSZE zu vermitteln.

Die OSZE-Ministerkonferenz hat in der Wiener Hofburg stattgefunden. Die Vertreterinnen und Vertreter der 57 Teilnehmerstaaten haben Beschlüsse gefasst zur Cyber-Sicherheit, zu den Gefahren von leichten und konventionellen Waffen sowie zur Bekämpfung des Menschenhandels, namentlich der Ausbeutung von Kindern. Ausserdem haben die Aussenministerinnen und Aussenminister beschlossen, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene zu intensivieren, vor allem zu Gunsten von Frauen und Jugendlichen sowie unter Beachtung der Grundsätze der good governance. Keine Einigung erzielten die Teilnehmenden, wie der Konflikt in der Ukraine einer Lösung entgegengebracht werden kann. Hier gibt es einzig eine Erklärung der Troika (Deutschland, Österreich, Italien), welche dazu aufruft, konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung im Osten der Ukraine zu unternehmen. Aussergewöhnlich ist eine weitere Erklärung der Troika und der Slowakei, welche alle Teilnehmerstaaten dazu aufruft, das Vertrauen wieder aufzubauen, welches in den letzten Jahren verlorengegangen ist (http://www.osce.org/event/mc_2017).



Aussenminister Kurz nimmt die Wiener Erklärung der CSP entgegen

Foto: OeHV

An der Ministerkonferenz wird von vielen Aussenministerinnen und Aussenministern beklagt, dass der Konflikt in der Ukraine nach wie vor täglich Opfer fordert. Auch die anderen „protracted conflicts“ bestehen weiter. Einzig im Transnistrien-Konflikt in Moldawien wurden kleine Fortschritte gemacht, die für die Bevölkerung spürbar sind, z.B. wurde eine Brücke wieder geöffnet und Besuche von Verwandten auf der anderen Seite des Dnjestr-Flusses erleichtert. Als Gefahren für die Sicherheit werden neben dem Terrorismus auch die Cyberkriminalität genannt. Auffallend ist, dass zur menschlichen Dimension keine Beschlüsse gefasst werden konnten, was auch schon in Hamburg, Belgrad und Basel in den letzten Jahren nicht möglich war. Zwar wünschen die Ministerinnen und Minister, dass die OSZE ihre Aufgaben gemäss Helsinki-Prinzipien und der Charta von Paris besser ausüben soll. Dies bedinge aber die Unterstützung durch die Staaten. Mangelndes Vertrauen soll wieder hergestellt werden und der Dialog soll gefördert werden.

Die Ministerkonferenz ist natürlich auch eine Gelegenheit für bilaterale Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister und man sollte diese Möglichkeit nicht gering schätzen. Da ging es auch um Themen, welche mit der OSZE nichts zu tun haben. So haben die Aussenminister der USA und Russlands auch über Nordkorea gesprochen, und der Schweizer Aussenminister Cassis traf sich zum ersten Mal mit Kolleginnen und Kollegen.

Aus Sicht der SHV und der CSP ist enttäuschend, dass keine Fortschritte im Bereich der Menschlichen Dimension gemacht wurden. Beunruhigend ist, dass gewisse Staaten die Teilnahme der NGOs an OSZE-Veranstaltungen, namentlich am HDIM in Warschau einschränken möchten.

Sebastian Kurz, der heutige Bundeskanzler und damalige österreichische amtierende Vorsitzende der OSZE erwähnte an der Eröffnungssitzung des Ministerrates mit keinem Wort die ihm am Vortag übergebene Wiener Erklärung der CSP. Er äusserte vielmehr Verständnis für die „Sorgen“ einzelner Delegationen, welche die Teilnahme der Zivilgesellschaft einschränken wollen. Die CSP hat deshalb eine Erklärung publiziert zu den Mitwirkungsrechten der Zivilgesellschaft an Konferenzen der OSZE gemäss den Helsinki-Prinzipien und einstimmigen Beschlüssen aller Teilnehmerstaaten namentlich aus den Jahren 1992 und 2002

(<http://civicsolidarity.org/article/1520/safeguarding-civil-society-participation-helsinki-process-matter-osces-raison-detre>). Die SHV hat diese Erklärung ebenfalls unterzeichnet.

Positiv zu würdigen sind die Auftritte an der Schlussitzung der CSP von OSZE-Generalsekretär Greminger, der Direktorin des Menschenrechtsbüros, Frau Gísladóttir, und des Beauftragten für Medienfreiheit, Herrn Désir, alle erst seit wenigen Monaten im Amt. Sie würdigten die Arbeit der Zivilgesellschaft als sehr wichtig - Frau Gísladóttir bezeichnete die NGOs als „agents of change“- und versprochen, sich für die Menschliche Dimension einzusetzen.



Foto: OeHV

Ebenfalls positiv waren meine Kontakte mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern anderer NGOs. Darunter waren auch die Direktorinnen der Serbischen und Mazedonischen Helsinki-Vereinigung, zwei Organisationen, welche bei der Fortsetzung des Projekts Challenge History im Westbalkan beteiligt sein werden.

Christoph Lanz,
Präsident

